Buchbesprechungen

Diether Döring, Frank Nullmeier, Roswitha Pioch und Georg Vobruba (Hrsg.), Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, Schüren, Marburg 1995 (Reihe 'Standortdebatte' der Hans-Böckler-Stiftung).

Es besteht wohl kein Zweifel, daß es besonders für die Sozialpolitikforschung interessant ist aufzuklären, was Individuen und Gruppen für gerecht und was sie für nicht gerecht halten. Diesem Thema widmet sich der vorliegende Band. Wir werfen zunächst einen Blick auf die einzelnen Beiträge.

Der erste Beitrag trägt den Titel 'Gerechtigkeit im sozialpolitischen Diskurs'. Die beiden Autoren, Frank Nullmeier und Georg Vobruba, stellen fest, daß im sozialpolitischen Diskurs in Deutschland – trotz der Probleme des deutschen Wohlfahrtsstaates und im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern – Gerechtigkeitskonzepte kaum explizit thematisiert werden. Dennoch glauben sie, daß implizite Gerechtigkeitsvorstellungen sehr wohl entdeckt werden können, so z.B. in den institutionalisierten und politisch unterstützten Verteilungsregeln und im derzeitigen Diskurs über die Reform des Systems sozialer Sicherheit. Die Autoren zeigen auf, daß das Selbstbild des deutschen Wohlfahrtsstaates im Übermaß von *Versicherungs*-Aspekten (Äqui-

valenzprinzip) geprägt ist, während Bedarfs Gesichtspunkte unterrepräsentiert sind. Und sie stellen heraus, daß gerade diese Gerechtigkeitskonzeption durch die gesellschaftlichen Tendenzen der Individualisierung und Fragmentierung unter Druck gerät.

Nullmeier und Vobruba beschreiben, wie sich ein Typus der Sozialstaatskritik auf *distributive* Gerechtigkeit richtet. Solche Kritiker beanstanden entweder die im Vergleich zu den Löhnen zu *hohen* Sozialleistungen oder die ungerechtfertigte Inanspruchnahme sozialstaatlicher Zahlungen (Leistungsmissbrauch). Deshalb wird von dieser Seite aus für eine radikale Kürzung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen plädiert. Der andere Kritiktypus bezweifelt weder die Notwendigkeit noch die Legitimität wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen, behauptet aber, heute die Sozialleistungen zu kürzen sei ökonomisch für die zukünftige Entwicklung sehr vorteilhaft. Dieser zweite Typus der Sozialstaatskritik erhält derzeit große öffentliche Unterstützung und Zustimmung, obgleich sehr unsicher ist, ob die Gruppen, die jetzt auf Ansprüche verzichten (etwa die Langzeitarbeitslosen) die gleichen sind, die von der zukünftigen Entwicklung profitieren könnten. Allerdings, so nehmen Nullmeier und Vobruba an, wäre genau diese Verbin-

dung zwischen Opfer und Gegenleistung notwendig, um sozialstaatliche Reformen langfristig gesellschaftlich legitimieren zu können.

Im folgenden Beitrag ('Anmerkungen zum Gerechtigkeitsbegriff der Sozialpolitik mit besonderer Berücksichtigung liberaler Vorstellungen zur Sozialversicherungspolitik') zeigt Diether *Döring*, daß das Äquivalenzprinzip im Zentrum der liberalen Gerechtigkeitskonzeptionen steht. Zwei Konzepte können unterschieden werden, die jedoch beide auf dem Sozialversicherungsprinzip als Organisationsform der sozialen Sicherung gründen. Im Rahmen des ersten Konzepts wird angestrebt, die staatliche Intervention in den Arbeitsmarkt so gering wie möglich zu halten, indem eine Sozialversicherung etabliert wird, die zwar universell alle Bürger einbezieht, dafür aber nur auf einem (garantierten) Mindestniveau absichert. Im zweiten liberalen Konzept wird demgegenüber versucht, das selektiv wirkende Äquivalenzprinzip zu verstärken. Die Sozialversicherungsleistungen sollen demnach kein Mindesteinkommen garantieren, sondern vielmehr so genau wie möglich die Verteilung der Erwerbseinkommen widerspiegeln. Solch ein Konzept, das (aufgrund möglicherweise mangelhafter Einkommensversorgung der nicht oder nicht dauerhaft Erwerbstätigen durch die Sozialversicherungen) ohne die Ergänzung durch ein Sozialhilfesystem nicht auskommen kann, ist näherungsweise in der Bundesrepublik Deutschland realisiert. Nach einem Vergleich dieser beiden Konzeptionen schlußfolgert *Döring*,

daß ein Sozialversicherungssystem, welches ein Mindesteinkommen für jedermann und jede Frau garantiert, erkennbare Vorteile insbesondere hinsichtlich der Verhinderung von Armut bietet.

Im letzten Beitrag ('Gerechtigkeitsvorstellungen im Wohlfahrtsstaat. Sekundäranalyse empirischer Untersuchungen zur Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen') beklagen Roswitha *Pioch* und Georg *Vobruba* das Fehlen einer *sozialwissenschaftlichen* Gerechtigkeitsforschung. Diese Forschungslücke sei vor allem deshalb problematisch, weil niemand abschätzen könne, welche gesellschaftlichen Erfolgsaussichten wohlfahrtsstaatliche Reformen besäßen. Aus diesem Grunde suchen die Autoren in deutschen und internationalen empirischen Untersuchungen über die gesellschaftliche Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates danach, was dort an gesellschaftlichen Gerechtigkeitsauffassungen zu finden ist.

Pioch und *Vobruba* zeigen auf, daß der deutsche Wohlfahrtsstaat trotz all seiner Probleme und der permanenten Debatte um seine Reform nach wie vor hohe gesellschaftliche Akzeptanz genießt. Außerdem sind die Bürger fähig, zwischen zwei Ebenen wohlfahrtsstaatlicher Intervention zu differenzieren: Zwischen einer (konkreten) Ebene der Intensität und der (abstrakten) Ebene der Extensität. Während die Ebene der Intensität die verschiedenen Programme und politischen Maßnahmen des Wohlfahrtsstaates enthält, meint die Extensität den Wohlfahrtsstaat als ein gesellschaftliches Arrangement. Ge-

nießt der Wohlfahrtsstaat zwar auf beiden Ebenen eine hohe Akzeptanz, erreicht er doch die höchste Zustimmung auf der Ebene der Extensität. Dem steht nicht entgegen, daß die Bürger durchaus fähig sind, ihre Ansprüche auf der Ebene der Intensität restriktiven Bedingungen (wie Finanzierungsengpässen in der sozialen Sicherung) anzupassen. Die beiden Autoren widersprechen damit deutlich sozialwissenschaftlichen Analysen, die eine wohlfahrtsstaatlich induzierte und unumkehrbare gesellschaftliche Anspruchsinflation beschwören, welche die ökonomischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaates auszlehre.

Meines Erachtens ist dieses Ergebnis außerordentlich wichtig, um die Realisierungschancen wohlfahrtsstaatlicher Reformvorhaben einschätzen zu können. Diese Chancen sind sehr gut, wenn die gesellschaftliche Zustimmung zum Arrangement 'Wohlfahrtsstaat' ebenso hoch ist wie die Akzeptanz von Änderungen auf der Ebene konkreter Programme und Maßnahmen.

Dennoch können *Pioch* und *Vobruba* auch sozialpolitische Bereiche aufzeigen, in denen die Unzufriedenheit der Bürger größer ist als allgemein angenommen. So bezieht sich das Mißbehagen vieler Bürger auf den (unzureichenden) Ausgleich zwischen Armen und Reichen, die (mangelhafte) Politik zur Gleichstellung der Geschlechter und das wohlfahrtsstaatliche Versagen im Hinblick auf Arbeitsplatzgarantien.

Insgesamt präsentiert das besprochene Buch eine Fülle von Material,

um die These zu belegen, daß die gesellschaftlichen Gerechtigkeitsvorstellungen für den wohlfahrtsstaatlichen Status quo ebenso wichtig sind wie für die Erfolgsaussichten von Reformen. Folgerichtig beklagen die Verfasser das weitgehende Fehlen einer Gerechtigkeitsforschung in der Soziologie wie in den Sozialwissenschaften generell. Sie seien völlig unfähig, die tatsächliche gesellschaftliche Zustimmung zu den gegenwärtigen wie zukünftigen Wohlfahrtsstaatpolitiken einzuschätzen, wenn sie sich ausschließlich auf theoretische Annahmen über gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen verlassen würden.

Dennoch bleiben in den drei Beiträgen des besprochenen Buches – natürlich – einige Fragen offen bzw. werden nicht gestellt. Die wichtigste ist: Was meinen die Autoren, wenn sie über *gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen* sprechen und nach diesen forschen? In der internationalen Gerechtigkeitsdebatte kursieren sehr unterschiedliche Definitionen und Interpretationen des Begriffs 'Gerechtigkeit' (z.B. procedural justice, productive justice, distributive justice *versus* legal justice, political justice usw.). Daher ist es unverzichtbar, zunächst zu definieren, welcher Gerechtigkeitsbegriff den Analysen zugrunde liegen soll.

Ein Versäumnis besteht auch darin, daß die Autoren zwar die Überdetermination des deutschen Systems sozialer Sicherung wie des offiziellen sozialpolitischen Diskurses durch Versicherungsprinzipien sehen (außerdem wird im ersten Beitrag von

Nullmeier und *Vobruba* erkannt, daß diese Prinzipien hauptsächlich politisch konstruiert und deshalb sehr viel mehr bedarfsorientiert sind als sie zunächst scheinen), trotz dieser Einsicht dennoch vor allem nach den politischen und gesellschaftlichen Reflexionen und Unterstützungen des Äquivalenzprinzips forschen. Zwar ist diese Verteilungsnorm nach wie vor die bedeutendste gesellschaftliche Gerechtigkeitsnorm, aber sie ist eben auch nur ein Aspekt von Verteilungsgerechtigkeit. Daneben stehen Kriterien der Bedürftigkeit (z.B. Sozialhilfe) und des Status (z.B. Beamtenversorgung), welche die institutionellen Regeitungen in bedeutenden Bereichen der sozialen Sicherung bestimmen.

Es wäre zu fragen, ob das Äquivalenzprinzip tatsächlich noch für die gesamte Gesellschaft Gültigkeit besitzt. Sicherlich stellen auch die Autoren des Buches (vor allem im ersten Beitrag) diese Gültigkeit *theoretisch* in Frage, meines Erachtens geschieht diese Infragestellung aber in der bundesdeutschen Realität sehr viel grundlegender. In Deutschland erreichen die Arbeitslosen ebenso wie die Sozialhilfeempfängerzahlen die höchsten Werte seit Bestehen der Bundesrepublik. Wäre es angesichts dieser Entwicklung für die heutige Soziologie nicht ebenso interessant, auf einer Mikro-Ebene danach zu forschen, ob nicht mittlerweile relevante Gruppen mehr oder weniger von den politischen und gesellschaftlichen Normen abweichen, anstatt permanent zu wiederholen, daß die meisten Menschen nach wie vor in Be-

griffen der Äquivalent von Leistung und Gegenleistung denken? Eine Antwort auf diese Frage wäre gleichermaßen wichtig für die Einschätzung der Stabilität des gesellschaftlichen Status quo wie für die der Erfolgsaussichten von Reformen.

Peter Bleses

Bruno Kaltenborn, Modelle der Grundsicherung. Ein systematischer Vergleich, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 142 S.

Anspruch des Autors dieses Buches aus der Schriftenreihe des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung ist es, so verspricht jedenfalls der Titel, Grundsicherungsmodelle systematisch zu vergleichen. Wenn man jedoch dieses Buch betrachtet, so fällt zunächst ein grundsätzlicher Mangel auf: Es wurden einige Modellentwürfe überhaupt nicht in die Ausführungen aufgenommen. Bereits Mitte der achtziger Jahre wurde über die Grundsicherung diskutiert und verschiedene Modellentwürfe vorgestellt.¹ Überhaupt fällt die Darstellung der wissenschaftlichen Grundsicherungsmodelle äußerst kurz aus. Gerade zehn Seiten werden dazu genutzt, die Modelle von Mitschke, Spennann und Vaubel vorzustellen. Zwar nehmen die Modellentwürfe aus der Politik einen etwas größeren Raum ein, doch auch hier geht die Betrachtung nicht über eine Deskription hinaus.